

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung

– Drucksachen 17/2994 Nr. A.23, 17/3239 –

Vorschlag für eine Richtlinie .../.../EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Einlagensicherungssysteme [Neufassung] (inkl. 12386/10 ADD 1 und 12386/10 ADD 2)

(ADD 1 in Englisch)

KOM(2010) 368 endg.; Ratsdok. 12386/10

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die EU-Kommission hat am 12. Juli 2010 den Vorschlag für eine Richtlinie über Einlagensicherungssysteme veröffentlicht. Mit dem Vorschlag sollen die bereits existierenden EU-Einlagensicherungsrichtlinien mit dem Ziel einer weiteren Harmonisierung und Vereinfachung überarbeitet werden.

Die Vorschläge der EU-Kommission hätten gravierende Auswirkungen auf das Bankensystem in Deutschland. Sie würden die Möglichkeiten der deutschen institutsbezogenen Einlagensicherung der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken maßgeblich beschneiden und damit im Ergebnis zu einer Absenkung des Schutzniveaus von Einlagen führen. Letztlich gefährdet der Richtlinienvorschlag die für Deutschland typische und sich gerade in der Finanzkrise bewährte Drei-Säulen-Struktur aus Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen.

Besonders problematisch ist die Streichung der bisher geltenden Ausnahmeregelung für institutsbezogene Sicherungssysteme von der Pflicht zur Mitgliedschaft in einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem. Künftig sollen alle Kreditinstitute einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem angehören. Diese Streichung lässt unberücksichtigt, dass mit dem Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe und der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. in Deutschland bereits freiwillige institutsbezogene Sicherungssysteme existieren, die als gleichwertig anerkannt sind und sich bewährt haben. Diese freiwilligen Sicherungssysteme verhindern durch ihre institutssichernden Stützungsmaßnahmen bereits den Eintritt eines Entschädigungsfalls. Die den institutsbezogenen Sicherungssystemen an-

gehörenden Mitglieder können somit die gesetzlichen Einlagensicherungssysteme, die auf eine unmittelbare Entschädigung der Anleger beschränkt sind, gar nicht in Anspruch nehmen.

Auch die im Richtlinienvorschlag enthaltene Möglichkeit einer „doppelten Mitgliedschaft“ sowohl in institutsbezogenen Sicherungssystemen als auch in gesetzlichen Sicherungssystemen ist keine effektive Alternative. Wegen der in jedem Fall zu entrichtenden Mindestbeiträge für die gesetzlichen Einlagensicherungssysteme würde sie zu einer erheblichen und ungerechtfertigten Mehrbelastung der Mitgliedsinstitute führen.

Ein weiterer Hauptkritikpunkt besteht in der Vorgabe einer verbindlichen Obergrenze für die Deckungssumme im gesetzlichen Einlagensicherungssystem. Der Richtlinienvorschlag sieht vor, dass die Deckungssumme für die Gesamtheit der Einlagen desselben Einlegers maximal 100 000 Euro betragen darf. Von dieser Obergrenze sollen die Mitgliedstaaten, abgesehen von Sonderfällen, wie z. B. bei Einlagen zur Altersvorsorge, nicht abweichen dürfen. Diese Begrenzung des Schutzniveaus wiegt umso schwerer, da der Richtlinienvorschlag insgesamt die Möglichkeiten der freiwilligen Sicherungssysteme beschneidet, die bisher de facto einen unbegrenzten Einlagenschutz gewähren. Es besteht somit die Gefahr, dass das derzeit bestehende Schutzniveau in Deutschland abgesenkt und das Vertrauen der Anleger in die Kreditinstitute geschwächt wird.

Bei den weiteren Beratungen des Richtlinienvorschlags müssen die bestehenden Besonderheiten in den Bankensystemen der einzelnen Mitgliedstaaten stärker berücksichtigt werden. Die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen erfordert keine maximale Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme. Die Bankkunden sollen auch künftig die Möglichkeit erhalten, sich für ein über den Mindestvorgaben der EU liegendes Schutzniveau der Einlagen zu entscheiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

im Rahmen der laufenden Verhandlungen auf Ratsebene als wesentliche Belange im Sinne des § 9 Absatz 4 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union durchzusetzen, dass

- die vorgesehene Pflichtmitgliedschaft aller Kreditinstitute in einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem gestrichen und die Ausnahmeregelung für institutsbezogene Sicherungssysteme bestehen bleibt;
- freiwillige Einlagensicherungssysteme vom Anwendungsbereich der Einlagensicherungsrichtlinie ausgenommen werden;
- keine Obergrenzen mit maximalen Deckungssummen oder andere Beschränkungen für ein höheres Schutzniveau von Kundeneinlagen im gesetzlichen Einlagensicherungssystem festgelegt werden.

Berlin, den 5. Oktober 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion